

Grosser Gemeinderat

Worb, 14. Mai 2019

387. Sitzungsprotokoll

Termin	Montag, 13. Mai 2019, 19:30 Uhr
Sitzungsende	20:35 Uhr
Ort	Bärenplatz 2, Worb, Gemeindesaal
Leitung	Christensen Sven (FDP), Präsident
1. Vizepräsidentin	Büchel-Wampfler Sandra (SP)
2. Vizepräsident	Fivian Bruno (SVP)
1. Stimmzähler	Suter Michael (FDP)
2. Stimmzähler	Zwyer Lukas (BDP)
Mitglieder	Cetin Mayk (EVP) Moser-Utiger Silvia (EVP) Stöckli Rolf (EVP) Zwahlen-Leibundgut Beatrix (EVP) Gosteli Hansjörg (FDP) Kämpfer Erwin (FDP) Lanfranconi Elena (FDP) Marchand Andy (FDP) Rothenbühler Marc (FDP) Schweizer Hans Peter (FDP) Stucki Daniel (FDP) Jorio Marco (GLP) Jost-Pfister Catarina (GLP) Aebersold Daniel (SVP) Kohli Stephan (SVP) Steinmann Hans Ulrich (SVP) Waber Karin (SVP) Wälti Martin (SVP) Zingg Stephan (SVP) Cavargna Tiziano (SP) Federer Guido (SP) Flentje Burkhard Sibylle (Grüne) Gimmel-Kündig Sandra (SP) Gränicher Marius (SP) Heil Günter (Grüne) Marthaler Matthias (SP) Von Arx Roland (Grüne) Wenger Claude (Grüne) Wittwer Anatina (SP)
Abwesend	Bernhard Martina (SVP) Goetschi Thomas (SP) Lehmann Manfred (BDP)

Müller Bernhard (EVP)
Santschi Jürg (BDP)
Stucki Simon (SVP)

Gemeinderat	Gfeller Niklaus, Gemeindepräsident Gerber Urs Hauser Adrian Kölliker Lenka Lädrach Markus Moser Christoph Wermuth Bruno
Abteilungsleitende	Reusser Christian, Gemeindeschreiber
Sekretariat	Bigler Jürg, Gemeindeschreiber-Stellvertreter
Protokoll	Bigler Jürg, Gemeindeschreiber-Stellvertreter

Geschäfte

1. 12/0/0 Parlament
Mitteilungen
2. 12/0/0 Parlament
Protokoll der Sitzung vom 18. März 2019: Genehmigung
3. 16/28 Schulstatistiken
„Anteil Schülerinnen und Schüler in Privatschulen“, Interpellation der FDP-Fraktion: Stellungnahme
4. 16/74 Ferienaktivitäten
Reglement über die Ferienbetreuung: Genehmigung
5. 33/20/1 Kantonsstrassen
„Poller-Sperrzeiten“, einfache Anfrage der SVP-Fraktion: Stellungnahme
6. 56/13/0 Verkehrssicherheit
„Langsamverkehr Bahnhofstrasse“, Interpellation der SP+Grüne-Fraktion: Stellungnahme
7. 12/0/0 Parlament
Parlamentarische Vorstösse: Neueingänge

Wahl 2. Stimmzähler

Beschluss:

Da sich Jürg Santschi, BDP für die Sitzung entschuldigt hat, wird Lukas Zwyrer, BDP als Ersatzstimmzähler für die Sitzung gewählt.

Traktandenliste

Feststellung:

Die Traktandenliste bleibt unbestritten.

Verhandlungen

Mitteilungen

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 387	13.05.2019	1	2017/21-167	143	12/0/0

Ratspräsident Christensen Sven: Es freut mich, dass ich euch das definitive Datum des Ratsausfluges bekannt geben kann. Dieser wird am Freitag, 30. August 2019 stattfinden. Damit alle oder fast alle teilnehmen können, findet der Ratsausflug in Worb statt. Wir starten um 15.00 Uhr beim Alten Schloss. Ich möchte an dieser Stelle auch bereits dir, Marco Jorio, danken, dass du dich bereiterklärt hast, eine fachkundige Führung zu machen. Wir dürfen das Alte Schloss und dann noch das Neuschloss anschauen, wo wir dann auch das Apéro, welches uns Frau von Graffenried offeriert, erhalten. Ich freue mich, wenn ihr euch anmeldet, uns die Anmeldung abgibt oder uns diese per E-Mail zukommen lasst. Den Abwesenden werden wir es per E-Mail zustellen. Dies ist das Eine, das ich habe. Dann habe ich noch etwas: Es gibt so ein tolles Dokument für den Grossen Gemeinderat. Das Dokument trägt den Namen „Einführungskurs“. Die meisten Mitglieder haben dies erhalten, als sie in den GGR gewählt wurden. In diesem Dokument steht eigentlich relativ viel Schlaues geschrieben, wenn man dies durchliest. Wir haben immer die Themen mit den Anträgen. Was ist dies? Und so weiter. Ich erlaube mir, euch kurz zwei Punkte vorzulesen. Alle die das Dokument nicht mehr finden, dürfen dies bei Jürg gerne einfordern. Ich möchte euch den Punkt 5.4 kurz vorlesen: Beschreibung wie ein Antrag zu erfolgen hat: „Die Anträge zu einem in Beratung stehenden Geschäft sind der Vorsitzenden oder dem Vorsitzenden auf Verlangen schriftlich einzureichen. Ein Abänderungsantrag sagt geeigneterweise klar aus, in welcher Art und Weise der gemeinderätliche Beschlussesentwurf geändert werden soll. Umfangreiche Anträge oder Anträge von erheblicher Tragweite sind vor der Sitzung des Grossen Gemeinderates beim Ratssekretariat zuhanden der Präsidentin oder des Präsidenten einzureichen. Die Präsidentin oder der Präsident entscheidet zusammen mit der Ratssekretärin oder dem Ratssekretär im Einzelfall, ob solche Anträge nachträglich zugestellt oder unmittelbar vor der Sitzung verteilt werden. Aus der Geschäftsordnung ergibt sich eine recht grosse Vielfalt an Antragsformen: Nichteintretensantrag, Rückweisungsantrag, Ordnungsantrag, Rückkommensantrag, Wiedererwägungsantrag, Antrag auf Namensaufruf oder geheime Abstimmung.“ Dies steht unter Punkt 5.4. Im Punkt 5.5 wird dann die Beschlussfassung näher beschrieben. Hier ein kleiner Auszug: „Am Schluss der Beratungen bringt die Vorsitzende oder der Vorsitzende dem Rat die gestellten Anträge zur Kenntnis und erläutert das Abstimmungsverfahren. Sie oder er kann die Sitzung unterbrechen, um das Abstimmungsverfahren vorzubereiten.“ Also in diesem Dokument steht viel. Es steht auch darin, was eine Motion ist und so weiter. Also sehr empfehlenswert.

Aebersold Daniel, ASK: Die ASK hat sich intensiv mit dem Thema Lohngleichheit in der Gemeindeverwaltung Worb befasst. Wir haben schriftlich Fragen gestellt und die Fragen wurden schriftlich vom Gemeindepräsident beantwortet. An einer Sitzung, wo wir den Gemeindepräsident dazu eingeladen haben, konnten wir noch mündlich Fragen und Ergänzungsfragen stellen, welche auch zu unserer Zufriedenheit beantwortet wurden.

Die ASK hat einen schriftlichen Bericht verfasst und dieser liegt nun gemäss Beschluss der ASK bei jedem GGR-Mitglied zum Selbststudium auf dem Tisch. Wir möchten Niklaus Gfeller herzlich für die Beantwortung unserer Fragen danken.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus: Der bisherige Leiter der Sozialdienste, Urs Kolly, hat seine Stelle auf den 31. August 2019 gekündigt. Er wird ab dem 1. September 2019 in der Nähe von seinem Wohnort im Kanton Freiburg neu die Leitung eines Altersheims übernehmen. Ich erlaube mir, jetzt hier eine kleine Rückschau auf seine Zeit bei uns zu halten, auch wenn er jetzt nicht anwesend ist. Urs Kolly hat in unserem Sozialdienst recht umfangreiche Entwicklungen eingeleitet. Ich erwähne hier nur die Wichtigsten: Als erstes erwähne ich gerne die Einführung des spezialisierten Sozialdienstes. Früher war es so, dass jeder Sozialarbeiter und jede Sozialarbeiterin einfach alles gemacht hat. Neu arbeiten die Sozialarbeitenden entweder im Bereich Kindes- und Erwachsenenschutz oder im Bereich wirtschaftliche Sozialhilfe. Das Zweite ist die Neuausrichtung der Administration. Dazu gehört, dass die Klientenbuchhaltung neu ganz in den Sozialdienst eingebunden ist, dass die neue Klientensoftware KLIBnet eingeführt und dass schliesslich auch das Ablagesystem stark vereinheitlicht worden ist. Die dritte Entwicklung ist die Schaffung des In-Take light. Dieses Verfahren durchlaufen alle Klienten, welche sich neu für die wirtschaftliche Sozialhilfe anmelden. Schliesslich ist in dieser Zeit auch das Zentrum Alter geschaffen und das Konzept Schulsozialarbeit ist überarbeitet worden. Der Gemeinderat dankt Urs Kolly herzlich für seine grosse und wertvolle Arbeit in unserem Sozialdienst und wir wünschen ihm für die persönliche und berufliche Zukunft nur das Beste. Als neuen Leiter der Sozialdienste hat der Gemeinderat am letzten Montag Herr Pascal Mosimann gewählt. Pascal Mosimann hat die Hochschule für Soziale Arbeit in Bern absolviert und anschliessend kurze Zeit im Sozialdienst Köniz gearbeitet. Seit 2005 ist er für den Sozialdienst der Region Konolfingen tätig, derzeit arbeitet er als stellvertretender Leiter des Sozialdienstes und als Verbindungsperson zur Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde. Pascal Mosimann ist 44 Jahre alt. Hat auch eine Zeitlang in Worb gewohnt. Vielleicht kennen ihn einige von euch noch. Er ist verheiratet, Vater von drei Kindern und lebt in Oppligen. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass er mit Pascal Mosimann eine fachlich äusserst kompetente und erfahrene Person gefunden hat. Seine gewinnende Art und seine überlegte und klare Haltung sind beste Voraussetzungen für die Ausübung der herausfordernden Stelle als Abteilungsleiter der Sozialdienste Worb.

Hauser Adrian, Departementsvorsteher Umwelt: In den Legislaturzielen des Gemeinderates und des Departements Umwelt steht „Regionale Produkte fördern“. Mit der Neulancierung von „Früsch vo Worb“ wollen wir dieses Ziel erreichen. So soll einerseits das umweltbewusste regionale Einkaufen gefördert, sowie auch unsere grösste Wirtschaft und Landwirtschaft gestärkt werden. Gerade in Zeiten, wo die jungen klimastreikenden Menschen bei diversen Umfragen angeben, dass sie mit dem Einkaufen von regionalen Produkten ein Beitrag zum Klimaziel sehen, sehe ich grosses Potential im neulancierten Verein „Früsch vo Worb“. So wie jedoch bei jedem Verein ist der Erfolg auf aktive Mitglieder angewiesen. Von hier aus geht bereits ein grosser Dank von meiner Seite an den neuen Vorstand, welchen wir bei der ersten Infoveranstaltung bereits gefunden haben. Mit grossem Engagement und guten Ideen gehen Regina Moser, Angelika Widmer, Thomas Hofmann und Martin Bernhard ans Werk. Wie bereits in der Worber Post steht, machen wir einen zweiten Infoabend. Dazu seid ihr natürlich alle herzlich eingeladen. Dort wollen wir erste Ergebnisse aufzeigen, wie wir das Angebot an Worberinnen und Worber bringen möchten. Andererseits seid ihr natürlich auch alle eingeladen, Mitglied des Vereins zu werden. Denn es braucht eine enge Zusammenarbeit zwischen den Produzenten und den Konsumenten.

Büchel-Wampfler Sandra, SP+Grüne: Es ist nicht wirklich eine Mitteilung aus dem GGR sondern für den GGR. Ich möchte auf den Informationsvortrag in Worb „Vom 4G zum 5G“ hinweisen. Es ist die Bürgerinitiative 5G Worb, welche diesen organisiert hat. Sie schreiben: „Um die Auswirkungen von 5G beurteilen zu können, braucht es unabhängige Informationen. Der Bauingenieur Peter Schlegel informiert zu folgenden Stichworten: Strahlung hör und sichtbar gemacht, Mobilfunk heute und morgen, wie wirkt diese Strahlung auf Mensch, Tier und Pflanzen, was strahlt alles, wie können wir uns schützen.“ Es ist auch noch ein Arzt dort, welcher auch noch auf die gesundheitlichen Sachen zu sprechen kommt und ansprechbar sein wird. Ich dachte, ich möchte euch darauf hinweisen, denn irgendwann kommt dieses Thema auf Worb. Wahrscheinlich fast eher vorgestern als übermorgen. Es wäre sicherlich gut, wenn sich auch möglichst viele vom Parlament informieren würden und sich schon eine Meinung darüber bilden könnten, damit wir dann bereit sind, wenn dies ein Thema ist. Ich habe hinten auf dem Tisch die Flyer aufgelegt. Wer sich interessiert, kann einen nehmen.

Gränicher Marius, SP+Grüne: Ich möchte die pragmatische Verabschiedung von Sandra noch etwas blumig ausschmücken und Sandra ganz herzlich danke sagen. Wir wurden alle überrascht von deiner Entscheidung aus beruflichen Gründen. Wir haben es am Wochenende erfahren, dass du leider nicht mehr an den GGR-Sitzungen teilnehmen kannst. Du warst so etwas wie der Vulkan in unserer Fraktion und auch hier im GGR. Ein aktiver Vulkan. Schlummernd, wo man nie genau wusste, wann es anfängt zu brodeln. Ab und zu ist dann eine Explosion gekommen. Ihr habt dies auch mitbekommen an einer der letzten Sitzungen. Da hast du den Abend mit ganz vielen Voten bestritten und dir noch fast ein Rededuell mit Bruno geliefert. Ich hätte mich auf weitere solche Explosionen und Momente gefreut. Besten Dank für dein Engagement.

Protokoll der Sitzung vom 18. März 2019: Genehmigung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlusnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 387	13.05.2019	2	2017/21-168	144	12/0/0

Feststellung:

Weil keine Wortbegehren gestellt werden, erklärt der Vorsitzende das Protokoll als genehmigt.

"Anteil Schülerinnen und Schüler in Privatschulen", Interpellation der FDP-Fraktion: Stellungnahme

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlusnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 387	13.05.2019	3	2017/21-169	31587	16/28

Detailberatung

Lanfranconi Elena, FDP: Die FDP legt Wert auf eine starke öffentliche Schule. Sicher haben wir nichts gegen Privatschulen. Wir haben aber etwas gegen den nationalen Trend, wo immer mehr Schüler eine Privatschule besuchen. Wir wollen in der Bildung keine Zweiklassengesellschaft und darum die Entwicklung in unserer Gemeinde im Auge behalten. Am Gemeinderat und der Verwaltung danken wir für die sorgfältige Übersicht. Aus dieser Tabelle lesen wir folgende Erkenntnisse: Die Anzahl Privatschulbesuche ist mit durchschnittlich 70 konstant und die Verteilung auf die Schulkreise ist ausgeglichen. Es gibt tatsächlich keine signifikanten Abweichungen zu anderen Gemeinden. Muri ist ein Spezialfall, weil da vermutlich viele eine fremdsprachige Schule besuchen. Warum Kinder in unserer Gemeinde eine Privatschule besuchen, wissen wir nicht. Das finden wir schade, weil das aus unserer Sicht für die Schule eine wichtige Rückmeldung wäre. Gestützt auf diese Ausführungen möchten wir die Massnahme anregen, dass die Anzahl Privatschulbesuche in Zukunft im Verwaltungsbericht erwähnt wird. Da braucht es bei der Tabelle über die Anzahl Schülerinnen und Schüler nur eine zusätzliche Zeile und wir sehen, wenn sich da ein Trend ergibt, welcher in die falsche Richtung geht. Wir hoffen, dass die Schule und die Verwaltung diesem Wunsch entsprechen können und danken jetzt schon für die gute Arbeit.

Feststellung:

Von der Stellungnahme des Gemeinderates zur Interpellation der FDP-Fraktion mit dem Titel „Anteil Schülerinnen und Schüler in Privatschulen“ wird Kenntnis genommen.

Reglement über die Ferienbetreuung: Genehmigung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlusnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 387	13.05.2019	4	2017/21-170	1093	16/74

Eintretensdebatte

Eintreten wird nicht bestritten und gilt somit als beschlossen.

Detailberatung

Allgemeine Bemerkungen

Jorio Marco, GPK: Die GPK nimmt gerade zum ganzen Geschäft Stellung. Wir haben uns intensiv mit dem einzigen GPK-Geschäft von heute Abend beschäftigt. Wir haben auch beim Gemeinderat Moser nach Zusatzinformationen gefragt, welche wir auch schnell und erschöpfend erhalten haben. Vielen Danke. Es war für uns Laien nicht alles klar. Hier ein paar Ergänzungen, welche auch für euch interessant sind. Die Ferienbetreuung ist für alle Kinder gedacht und nicht nur für die Kinder der Tagesschule. Dann ist es auch für die Kita-Kinder vorgesehen, welche im Kindergarten sind. Es hat somit beide Arten von Kindern. Dies spielt offenbar beim Personal keine Rolle, dass man sowohl Kita- als auch Tagesschulkinder hat. Das gleiche Personal kann beide Gruppen betreuen. Überrascht waren wir ein wenig, dass das Bedürfnis nicht abgeklärt wurde. Es gibt keine Umfrage. Der Gemeinderat stützt sich auf Aussagen der Tagesschulleiterin. Hat also nicht bei ähnlichen Gemeinden, wie wir es vorhin bei den Privatschulen gehört haben, nachgefragt. Offenbar traut der Gemeinderat dieser Aussage doch nicht ganz und beginnt ganz vorsichtig mit sechs bis sieben Kindern und mit einer Versuchsphase. Wir mussten etwas über die Aussage schmunzeln, nachdem man so vorsichtig beginnt, dass eine solche Ferienbetreuung doch ein breites Bedürfnis ist. Wie man bei sechs bis 16 Kindern von einem breiten Bedürfnis sprechen kann, ist uns nicht ganz klar. Wir finden dieses Vorgehen dennoch vertretbar, da die Risiken ziemlich klein sind. Es ist eine Versuchsphase von drei Jahren und die Kosten sind hier sehr klar ausgewiesen und auch nicht überwältigend hoch. Wir hatten dennoch nach den Gesprächen noch einige Fragen an den Gemeinderat. Weiss man jetzt mehr über den Kantonsbeitrag? Dieser wird angesprochen, wir wissen jedoch nicht, was entschieden wird. Die nächste Frage ist, was macht der Gemeinderat, wenn dies nicht eintritt und nicht sechs bis 16 Kindern sondern keine Kinder kommen? Kein Bedarf. Oder wenn viel zu viele kommen? Wir haben 120 Tagesschüler. Was passiert, wenn diese wie in anderen Gemeinden zum Beispiel wie in der Stadt Zürich zu einem Drittel wieder auftauchen? Wenn dann plötzlich 20, 30, 40, 50 Kinder hier sind? Wird im Falle, wenn kein Bedürfnis da ist, die ganze Übung abgebrochen? Wenn es viel mehr Kinder sind, baut man dann aus oder bleibt man bei diesen 16 Kindern für drei Jahre? Wie wählt man die Kinder aus, welche kommen dürfen? Gibt es irgendwelche Kriterien? Die GPK beantragt euch das Geschäft zu behandeln.

Moser Christoph, Departementvorsteher Bildung: Es ist nicht mehr wie früher. Die Zeiten haben sich geändert. Und sie werden sich weiter verändern. Nicht nur die Digitalisierung verändert unsere Gesellschaft. Auch sonst ist es nicht mehr wie früher. Noch vor 50 Jahren war es in der Regel so, dass der Vater am Morgen arbeiteten gegangen, am Mittag nach Hause gekommen, um zu essen und wieder arbeiten gegangen und am Abend müde nach Hause gekommen ist. Die Mutter war zuhause und besorge den Haushalt. Hat sich um die Wäsche gekümmert und kochte. Sie schaute zu den Kindern, wenn diese nicht in der Schule waren. Besonders auch dann, wenn die Kinder Schulferien hatten. Schon damals waren es 13 Wochen pro Jahr. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Heute sieht das meist anders aus. Ein Einkommen reicht häufig nicht, eine vierköpfige Familie zu ernähren. Immer mehr gibt es alleinerziehende Mütter und alleinerziehende Väter. So sind Kindertagesstätte, sogenannte KITAs, Spielgruppen usw. entstanden. Später kamen die Tagesschulen dazu. Sie boomen nach wie vor. Auch in Worb, auch in Rüfenacht. In Rüfenacht sind wir für den Andrang gerüstet. In Worb planen wir einen Neubau, dieser kommt bald hier ins Parlament. In diesem Neubau sollen zumindest 110 Kinder gleichzeitig essen können. Ein anderes Thema, welches aktueller wird, sind die Ganztageschulen. Ein Thema, das wir kürzlich zusammen mit Vertretern der Erziehungsdirektion und Kolleginnen und Kollegen von anderen Gemeinden erläutert haben. Was passiert in den 13 Wochen Schulferien? Wer hat denn schon 13 Wochen Ferien, um zu den Kindern zu schauen? Wir sehen: Ferienbetreuung tut Not. Ferienbetreuung ist ein Thema, um welches wir nicht herum kommen. Deshalb kommt das Reglement über die Ferienbetreuung heute ins Parlament. Ein Reglement muss vom Parlament verabschiedet werden. Und das ist auch gut so, denn so hat das Parlament die Möglichkeit, direkt Einfluss auf das Thema zu nehmen. Im Folgenden will ich euch über die Ziele und die pädagogischen Aspekte der Ferienbetreuung informieren. Die Kinderzahlen der Tagesschulen Worb und Rüfenacht haben in den letzten Jahren stetig zugenommen. Die Frühbetreuung am Morgen vor Schulbeginn, ab 07.00 Uhr, wird täglich angeboten. Die beiden Tagesschulen in Worb und Rüfenacht sind täglich bis 18.00 Uhr geöffnet. Wir gehen deshalb davon aus, dass das Angebot der Ferienbetreuung ein

weiterer Schritt ist, dem Bedürfnis vieler Eltern gerecht zu werden. Ziel der Ferienbetreuung ist es einem strukturierten Tagesablauf, der Integration und der Sprachförderung auch während der Schulferien Rechnung zu tragen. In kleineren und dadurch familiären Gruppen wollen wir den Kindern besondere Erlebnisse bieten. Beim gemeinsamen Einkaufen und Kochen zum Beispiel können sie ihr Alltagswissen erweitern, praktische Fähigkeiten üben, in altersgemischten Gruppen zusammen arbeiten und so voneinander lernen und profitieren. Die Ferienbetreuung soll geprägt sein von erlebnispädagogischen Inhalten. Besondere und altersgerechte Angebote in Bereichen wie Sport, Gestaltung und Spiel ermöglichen den Kindern ihr Sozialverhalten, ihr Selbstvertrauen und ihre Selbständigkeit zu stärken. Ein wichtiger Aspekt ist das Erleben von der Natur zu allen Jahreszeiten und in vertrauter Umgebung. Wir wollen die Kinder unterstützen, die Natur mit allen Sinnen wahrzunehmen, neue Erfahrungen zu sammeln, eigene Ziele zu erreichen, zu staunen, sich zu freuen und in ihrer Persönlichkeit zu wachsen. Ich komme zu den Fragen der GPK, welche ich geschätzter Weise im Vorfeld erhalten habe. Ich beantworte diese gleich jetzt. Die GPK sagt, der Hinweis, es bestehe mit Blick auf umliegende Gemeinden eine grosse Nachfrage nach Ferienbetreuung kontrastiere etwas mit der Annahme, dass sich für den Pilot allenfalls sechs Kinder oder etwas mehr melden werden. Was passiert, wenn das Angebot ein sehr grosses Publikum anspricht? Was machen wir? Unser Pilot ist vorerst auf 16 Plätze bzw. zwei Module beschränkt. Ob dies kurzfristig ausbaubar ist? Hierzu kann ich sagen, wir haben mit der Kinderbetreuung gelernt, dass ein neues Angebot eine Zeit braucht, bis es sich herumgesprochen und eingespielt hat und sich so richtig entfalten kann. Daher gehen wir nicht davon aus, dass wir in den Herbstferien mit Anmeldungen überrannt werden. Aber wir wissen es nicht. Wir möchten euch eine überblickbare Grösse zeigen. Wir möchten euch möglichst nachvollziehbar sagen können, was dies kostet. Wenn ich jetzt mit einem Pilot komme und wir es aufmachen für bis zu 60 oder 70 Leute, dann wird es sehr unklar, was es den effektiv kostet. Wir können die Zahlen schon liefern, aber es ist für uns zu wenig realistisch. Es ist so: Die Eltern können, wenn das Reglement heute Abend genehmigt wird, ihre Kinder ab dem kommenden 1. Juli für alle Ferienwochen des nächsten Schuljahres anmelden. Sollte sich zeigen, dass es unerwartet viele Anmeldungen gibt, so reicht die Zeit problemlos, im Dezember oder im Februar noch einmal ins Parlament zu kommen, euch die Zahlen zu zeigen und das Reglement anzupassen, damit wir für die Frühlings- und Sommerferien parat sind. Für die Herbstferien reicht dies jetzt nicht. Wir gehen davon aus, dass wir mit diesen 16 richtig liegen. Falls dies nicht so sein sollte, gehen wir von der Reihenfolge der Anmeldungen aus. Weiter will die GPK wissen, wegen der Beteiligung des Kantons. Der Kanton hat schon lange in Aussicht gestellt, dass er ab September 2019 bis zu 30 Prozent der Kosten der Ferienbetreuung übernehmen würde. Leider gibt es bis heute noch keinen diesbezüglichen Regierungsratsbeschluss. Ich kommentiere dies an dieser Stelle nicht. Es ist einfach so. Wir hoffen, dass wir zumindest bis Ende Jahr Bescheid bekommen. Dies ist auch der Grund, warum ihr in der Kostenaufstellung beide Varianten habt. Und dann noch, was passiert, wenn das Bedürfnis nicht gebraucht wird? Wenn es null Anmeldungen gibt für den Herbst? Kein Problem, dann findet es einfach nicht statt. Wenn es eine Anmeldung gibt, dann findet es statt. Wir haben keinen Spielraum. Der Kanton lässt uns keinen Spielraum. Also man führt dies durch. Sollte es neun Anmeldungen geben, so machen wir zwei Module, zwei Gruppen. Ihr seht die Berechnung in der Botschaft. Sollte es 17 Anmeldungen geben, dann gibt es drei Betreuungspersonen. Pro acht Kinder braucht es eine Betreuungsperson. Die Rekrutierung des Personals ist nicht schwer, da die Betreuungspersonen der Tagesschule auch interessiert sind, nicht 13 Wochen Ferien zu machen. Wir können die Bedürfnisse somit gut abdecken. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Es ist eben nicht mehr wie früher. Stellen wir uns doch dem Neuen. Ferienbetreuung auch in unserer Gemeinde entspricht einem Bedürfnis. Ich denke, dass unsere Vorlage sorgfältig aufgegleist ist. Ich hoffe sehr, dass ihr dem Reglement zustimmen könnt und danke euch dafür.

Büchel-Wampfler Sandra, SP+Grüne: Ich bin jetzt gerade so richtig im Flow, denn ich musste gerade vor einer Stunde für meine Tagesschule beim Gemeinderat in Worben noch mehr Module beantragen. Wenn wir das Gefühl haben, dass die Eltern die Kinder dann selber betreuen, wenn wir keine Ferienbetreuung anbieten, ist dies etwa der gleiche Wahnwitz, wie die Idee von Schnegg und auch von Gemeinderäten in unseren Reihen, dass wenn wir die Sozialhilfe kürzen, dann alle gerade eine Arbeit suchen, eine finden und selber genügend Geld verdienen. Die Scheidungsrate beträgt zur Zeit 50 Prozent. Nach dem neuen Scheidungsrecht muss eine Mutter ab dem Schuleintritt des letzten Kindes, das heisst ab 4 jählig, wieder 50 Prozent arbeiten gehen. Teilen sich Mutter und Vater die Ferienbetreuung der Kinder mit ihren gesamthaft 10 Wochen, bleiben immer noch drei Wochen Ferien, in welchen das Kind fremdbetreut werden muss oder dann eben nicht oder schlecht betreut wird. Auch bei nicht geschiedenen aber berufstätigen Eltern stellt sich das gleiche Problem. Auch wenn jemand wieder ins Berufsleben einsteigen möchte, ist es eine Voraussetzung, dass er eine Möglichkeit hat,

seine Kinder professionell betreuen zu lassen. Ich höre schon jetzt die Stimme von jenen, welche sagen, es müssen ja nicht bei allen Familien beide arbeiten, einige haben ja genügend Geld. Jenen möchte ich jedoch sagen, Doppelverdiener sind unsere besten Steuerzahler. Entgegen der Behauptung von anderen Parteien richtet sich die Auswahl nach einer neuen Wohngemeinde nicht mehr nach dem Steuerfuss. Es ist erwiesen, dass bei der Auswahl von einer zukünftigen Wohngemeinde folgende Faktoren matchentscheidend sind: Ist der Ort verkehrstechnisch gut erschlossen. Besitzt er eine gute Infrastruktur respektive gute Schulen, gute Tagesschulen, Sportanlagen, Läden etc.. Wenn wir weiterhin als eine familienfreundliche, moderne, innovative Gemeinde wahrgenommen werden möchten, muss die Tagesschule Worb ein betreutes Ferienangebot anbieten können. Ich weiss, die Kosten erscheinen einem hoch im Vergleich zu den Kindern und man weiss noch nicht was und wie. Dies geht mir ehrlich gesagt auch jedes Jahr so, aber ich kann euch einfach aus eigener Erfahrung sagen, das Angebot bestimmt die Nachfrage. Weil als Eltern kann man sich nicht von Beginn an auf die Tagesschule verlassen. Ich weiss ja nicht, was diese schlussendlich anbieten und dann muss ich mich selber noch organisieren, so gut es geht. Wenn ich als Mutter oder Vater jedoch weiss, das Angebot besteht zu 100 Prozent, dann werde ich die Kinder auch anmelden und dann ist dies für mich ein sicherer Wert. Darum hoffe ich, dass ihr, wie SP+Grüne, das Reglement über die Ferienbetreuung annehmt.

Schweizer Hans Peter, FDP: Christoph hat es gesagt, es ist nicht mehr wie früher. Ich möchte dies auch nicht beurteilen, ob positiv oder negativ. Aber ich denke, früher hätte wahrscheinlich der Gemeinderat ein Bedürfnis nach Ferienbetreuung für Kinder abgeklärt. Dies ist genau das, was uns eigentlich fehlt. Wir haben keine Bedürfnisabklärung. Wir wissen nicht, gibt es irgendwelche Kinder, welche dies wollen oder respektive Eltern, welche dies wollen. Ich möchte auch nicht die Voten von Sandra dementieren, überhaupt nicht. Aber wir würden sehr wahrscheinlich kein Kunstrasen bauen im Worboden, wenn wir nicht wüssten, ob auch wirklich jemand dort Fussball spielen geht. Hier kommt es mir sehr ähnlich vor. Die FDP weist das Geschäft zurück mit der Begründung, dass wir wissen möchten, wie viele Eltern das Bedürfnis dazu haben. Vielleicht könnte man die Eltern auch noch fragen, welche Ferienwochen sie bevorzugen würden und sich wünschten, dass diese abgedeckt werden. Man hatte bereits ein Pilotprojekt von Herbst 2016 bis Herbst 2017. Es ist ein Jahr gelaufen und ist eigentlich recht gut angelaufen und für den Herbst 2017 hat sich kein Kind angemeldet. Dies ist für uns eigentlich ein Hinweis darauf, dass man zuerst das Bedürfnis abklären muss, bevor man dem zustimmen würde.

Jost-Pfister Catarina, GLP/BDP: Die GLP und BDP sind überzeugt, dass ein Bedürfnis besteht. Es ist eben nicht mehr wie früher. Wenn man herumschaut, sehe ich auch im eigenen Betrieb, dass das Bedürfnis sicher da ist. Es ist manchmal schwierig, was macht man mit den Kindern? Grossmütter sind nicht immer da, weil diese vielleicht auch noch berufstätig sind. Die Nachbarn sind vielleicht auch nicht mehr da. Diese sind auch unterwegs oder berufstätig. Es ist nicht einfach. Wenn man zu zweit ist, ein Mann und eine Frau, ob man es dann immer so richten kann, dass das Eine dann Ferien hat und das Andere dann, dies bezweifle ich. Darum sehen wir das Bedürfnis, welches da ist und wir sagen ja dazu. Uns ist jedoch auch wichtig, dass es eine Einführungsphase von drei Jahren gibt. Eine Prüfphase, wo man schauen kann, wie es anläuft. Für uns ist sehr wichtig, wie dies organisiert und aufgegleist wird. Dies ist matchentscheidend, dass dies auch zu den richtigen Leuten kommt. Vor allem auch die Bekanntmachung. Wenn wir die Sachen ansehen, auch mit den Kosten, dann sehen wir ein geringes Risiko. Genau aus dem Grund weil es eine Prüfphase ist.

Stöckli Rolf, EVP: Auch wir von der EVP sehen es genau gleich, dass man das Reglement zu diesem Pilotprojekt annehmen sollte. Was wir diskutiert haben und uns wichtig erscheint, ist, wenn man es weiterführen würde ab August 2022, dass man eventuell die Teuerungsstruktur anpassen würde und noch eine Höhere dazu nehmen würde.

Cavargna Tiziano, SP+Grüne: Ich bin spontan und muss sagen, ich rede vielleicht auch als Mitglied von der Sozialbehörde. Heute habe ich telefonisch mit dem Gemeindepräsidenten gesprochen und er hat mir gesagt, wir sollen etwas mehr Biss zeigen. Ich probiere dies jetzt. Ich sehe, dass ihr dies nicht annehmen möchtet. Dies ist ein Widerspruch zu dem, was du am Anfang gesagt hast, dass sich die FDP seit je her für eine starke öffentliche Schule einsetzt. Dieses Angebot der Ferienbetreuung ist sehr verbunden mit der öffentlichen Schule. Was ich als Mitglied der Sozialbehörde sagen möchte, es steht hier im dritten Abschnitt bei der Ausgangslage, dass eben die Sozialarbeitenden froh wären zu wissen, dass wir ein solches Angebot haben. Dies

hat mir vor ein paar Monaten auch jemand vom Sozialdienst gesagt. Denn wenn jemand eine Arbeitsgelegenheit suchen muss, zum Beispiel eine Mutter, welche wiedereinsteigen möchte, dann ist diese darauf angewiesen, dass sie das Kind in die Tagesschule geben kann. Somit kann die Mutter arbeiten und sich Stück für Stück von der Sozialhilfe verabschieden. Es ist sehr komplex. Dies war ein spontanes Votum. Man muss sehr wahrscheinlich viele Faktoren und Sachen anschauen. Ich habe nun dies von Seite Sozialdienst dargelegt und ich bin auch froh, dass die Kosten für die Familien gering sind, wenn man bei einem steuerbaren Einkommen bis 35'000 Franken 20 Franken pro Tag bezahlen muss. Die Kosten sind auch dort gut eingeteilt.

Schweizer Hans Peter, FDP: Vielleicht noch kurz zur Berichtigung, Tiziano. Wir lehnen dieses Geschäft nicht ab. Wir möchten es zurückweisen und möchten wissen, was für Bedürfnisse von der Seite der Eltern hier sind. Bewusst lehnen wir das Geschäft nicht ab.

Moser Christoph, Departementsvorsteher Bildung: Ich nehme jetzt gerade Stellung zu den Fragen, bevor wir hinter das Reglement gehen. Ich beginne vielleicht gerade hinten. EVP ihr sagt bzw. macht beliebt, dass man in drei Jahren ein Modul oder so hinzunehmen würde. Wir möchten nicht solange warten. Wenn wir sehen, dass wir wirklich überrannt werden und es gefordert ist, dann habe ich gesagt, kommen wir so schnell wie möglich wieder ins Parlament, damit wir hier schon die Weichen stellen können. Entschuldigung, ich habe es falsch verstanden und auch nicht ganz verstanden. Es geht darum, dass man die Gebührenordnung nach oben anpassen würde. Warum wir dies begrenzt haben, kann ich hier vielleicht auch kurz sagen. Wir suchen in diesem Betreuungsangebot eine gute soziale Durchmischung. Wenn wir die Gebühren noch weiter anheben, so sagen Leute, welche in besseren finanziellen Verhältnissen sind, für was sollen wir das Kind in die Tagesschule schicken. Für dieses Geld können wir selber eine Tagesmutter oder so anstellen. Dies möchten wir versuchen zu verhindern. Wie gesagt, es ist ein Versuch. Wir werden dies in drei Jahren oder früher anschauen. Dann weiter zur GLP/BDP. Bei der Organisation der ganzen Sache sind wir nicht frei. Es gibt kantonale Vorgaben, welche wir erfüllen müssen. Wie viel Betreuungspersonal und wie viel professionell ausgebildetes Betreuungspersonal. Dies ist alles geregelt. Da halten wir uns daran. Bekanntmachung des Angebotes, dies ist ein ganz wichtiger Hinweis. Dies geht über den Elternabend, in Rüfenacht über den Elternrat, wo dies vertreten wird und dann wird es sicher einen Elternbrief geben, wo die Eltern über das genaue Angebot und wie sie sich anmelden können, informiert werden. Dies wird relativ schnell passieren, denn ab 1. Juli 2019 sollen sie sich anmelden können. FDP, wegen der Bedürfnisabklärung, wir haben uns dies schon überlegt. Wir haben bewusst keine gemacht. Ich habe mich von der Erziehungsdirektion beraten lassen. Ich habe euch schon in meinem Eingangsvotum erzählt, dass wir eine Diskussion bzw. ein runder Tisch, wie man heute sagt, zum Thema Ganztageschule gehabt haben. Da hat die Erziehungsdirektion ganz klar gesagt, macht keine Bedürfnisabklärungen, sondern legt los. Aus diesem Grund machen wir einen dreijährigen Pilot. Dies ist eigentlich unsere Bedürfnisabklärung. So wollen wir es eins zu eins sehen. Eine Nachbargemeinde hat eine Bedürfnisabklärung zur Ganztageschule gemacht. Praktisch niemand hat gefunden, dies soll man machen. Warum? Sie haben gar nicht gewusst, was es genau ist und ob es dann auch stattfinden wird. Dies war übrigens auch der Nachteil vom Angebot, welches wir jetzt haben. Mit diesen drei Wochen Ferienbetreuung, welche wir angeboten haben. Da war nie ganz sicher, ob dies zustande kommt. Denn es war im Zusammenhang mit den Angeboten der Jugendarbeit. Die Module sind begrenzt, wie viele Teilnehmende kommen können. Zudem haben die Eltern nicht gewusst, ob es stattfindet oder nicht. Eltern müssen jedoch ihre Ferien planen. Sie müssen im Januar ihre Ferienpläne eingeben und müssen darauf zählen können, es findet statt oder es findet nicht statt. Dies ist der grosse Wechsel, welchen wir in diesem Angebot hier machen. Es findet statt, sobald sich ein Kind anmeldet. Darum verstehe ich den Rückweisungsantrag nicht. Ich habe Angst, eine Bedürfnisabklärung zu machen, weil sie falsche Schlüsse zulässt. Die richtigen Schlüsse werden wir jetzt erfahren und ich habe euch gesagt, wir kommen sofort wieder ins Parlament, sollte dies so boomen. Wir möchten natürlich möglichst der Nachfrage entsprechen können. Darum lässt den Rückweisungsantrag bitte sein.

Artikelweise Beratung

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Rückweisungsantrag der FDP-Fraktion:

„Der Gemeinderat hat das Bedürfnis nach der Ferienbetreuung von Schulkindern zu klären.
1. Wie viele Eltern haben das Bedürfnis zur Betreuung ihrer Kinder während den Schulferien?
2. Welches sind die bevorzugten Betreuungswochen?“

Der Rückweisungsantrag der FDP-Fraktion wird mit 18 zu 15 Stimmen bei 0 Enthaltungen abgelehnt.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird mit 18 zu 11 Stimmen bei 4 Enthaltungen gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 47 Abs. 1 Bst. a der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden:

Beschluss:

1. Das Reglement über die Ferienbetreuung wird genehmigt.
2. Vorbehalten bleiben
 - eine fakultative Volksabstimmung gemäss Art. 33
 - ein Volksvorschlag gemäss Art. 35der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999.
3. Die Ausführung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

"Poller-Sperrzeiten", einfache Anfrage der SVP-Fraktion: Stellungnahme

Sitzung Nr. 387	Datum 13.05.2019	Traktandum 5	Beschlusnummer 2017/21-171	Geschäftsnummer 31843	Archivnummer 33/20/1
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	--------------------------	-------------------------

Feststellung:

Von der Stellungnahme des Gemeinderates zur einfachen Anfrage der SVP-Fraktion mit dem Titel „Poller-Sperrzeiten“ wird Kenntnis genommen.

"Langsamverkehr Bahnhofstrasse", Interpellation der SP+Grüne-Fraktion: Stellungnahme

Sitzung Nr. 387	Datum 13.05.2019	Traktandum 6	Beschlusnummer 2017/21-172	Geschäftsnummer 31588	Archivnummer 56/13/0
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	--------------------------	-------------------------

Detailberatung

Von Arx Roland, SP+Grüne: Wir möchten zuerst dem Gemeinderat für die ausführliche Beantwortung von unseren Fragen danken. Die SP+Grüne-Fraktion nimmt die Antworten zur Kenntnis, ist von diesen jedoch nicht befriedigt. Es ist zwar schön, dass man überall Warteräume beim Altersheim und beim Hirschen macht, damit die Schüler warten können, bis sie endlich über die Strasse gehen können. Wenn dies natürlich am Mittag um 12.00 Uhr ist, wenn Autokolonnen durchfahren, dann warten sie bis eine Lücke aufgeht. Ich habe auch schon gesehen, dass sie ein Schritt auf die Strasse machen und wieder ein Schritt zurück, bis sie kein Auto mehr haben. Dies ist einfach unbefriedigend. Aus diesem Grund hat die Fraktion heute ein Postulat eingereicht mit einem Auftrag an den Gemeinderat, mit einer Tempo 20 Zone die Situation für Schüler, welche immer über die Strasse gehen müssen, für Gehbehinderte und für alte Personen, welche auch nicht so sicher sind im Verkehr, zu verbessern.

Feststellung:

Von der Stellungnahme des Gemeinderates zur Interpellation der SP+Grüne-Fraktion mit dem Titel „Langsamverkehr Bahnhofstrasse“ wird Kenntnis genommen.

Postulat der SP+Grüne-Fraktion mit dem Titel "Tempo 20 im Dorfzentrum Worb: Für sichere Schul- und Velowege"

Sitzung Nr. 387	Datum 13.05.2019	Traktandum 7	Beschlussnummer 2017/21-173	Geschäftsnummer 32052	Archivnummer 56/13/0
--------------------	---------------------	-----------------	--------------------------------	--------------------------	-------------------------

„Der Gemeinderat wird gebeten, den Strassenplan im Zentrum von Worb anzupassen und zur Verbesserung der Sicherheit von Zufussgehenden und Velofahrenden auf der Bahnhofstrasse, Bernstrasse, Kreuzgasse, Wydenstrasse, Turnhallenstrasse sowie auf dem Pardiesweg Tempo 20 einzuführen. Begründung: Nach der Verkehrssanierung von Worb weist die Bahnhofstrasse immer noch ein sehr hohes Verkehrsaufkommen auf. Mit den längsführenden Gehsteigen ist sie als Hauptverkehrsachse gestaltet und der Verkehr ist vortrittsberechtigt. Schülerinnen und Schüler aus dem Dorf- und Wydensschulhaus sowie ältere und gehbehinderte Personen haben daher grosse Mühe, die Bahnhofstrasse sicher zu überqueren. Zudem sind auch viele Pendlerinnen und Pendler zum und vom RBS-Bahnhof sowie Personen, die sich zur Post oder Kirche begeben wollen, auf eine sichere Querung der Bahnhofstrasse angewiesen. Mit dem gegenwärtigen Verkehrsregime ist eine solche nicht gewährleistet. Bernstrasse, Kreuzgasse, Wydenstrasse und Paradiesweg dienen als Schulwege und sind Wohnstrassen, auf denen auch Kinder spielen. Tempo 30 ist daher auf diesen Strassen nicht geeignet und der Vortritt muss hier unbedingt dem Langsamverkehr sowie den Bewohnern und den Kindern gewährt werden. Zudem ist ein einheitliches Temporegime in der Kernzone für alle Verkehrsteilnehmer übersichtlicher und einfacher auszuschildern. Durch die Einführung von Tempo 20 auf der Bern- und Bahnhofstrasse kann zudem der nicht als Zubringer dienende Durchgangsverkehr weiter reduziert und damit allenfalls auf die Verwendung von Pollern verzichtet werden. Ein beruhigter Dorfkern mit T20er-Zone führt auch zu einem pulsierenderen Zentrum mit attraktivem Einkaufserlebnis und ist damit eine aktive Gegenmaßnahme zum Wertabfluss im Detailhandel wie Beispiele aus anderen Dörfern und Städten zeigen. Die Fraktion «SP plus Grüne» fordert den Gemeinderat auf, den Strassenplan anzupassen und auf der Bahnhofstrasse, Bernstrasse, Kreuzgasse, Wydenstrasse, Trunhallenstrasse sowie auf dem Pardiesweg (vgl. Karte auf der Rückseite) Tempo 20 einzuführen.“

Sven Christensen
Präsident

Jürg Bigler
Protokollführer

Genehmigt in der Sitzung vom 24. Juni 2019

Jürg Bigler
Sekretär